



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2019

Aktuelle Argumente

Koller, Christian

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-171674>
Newspaper Article
Published Version

Originally published at:

Koller, Christian. Aktuelle Argumente. In: NZZ Geschichte, 21, March 2019, 100-105.

Aktuelle Argumente

Die Kritik von Rudolf Jaun und Tobias Straumann an Deutungen des Landesstreiks, die dessen soziale Ursachen miteinbeziehen, hat mit dem derzeitigen Forschungsstand wenig zu tun. Eine Duplik.

Von Christian Koller

Rudolf Jaun und Tobias Straumann werfen Thomas Maissen vor, mit seiner auf das Standardwerk von Willi Gautschi gestützten Interpretation des Landesstreiks in *NZZ Geschichte* (Oktober 2018) «veraltete Argumente» zu vertreten. Tatsächlich wird Maissens Argumentation jedoch gerade auch durch neue Untersuchungen bestätigt. Demgegenüber haben verschiedene Kritiker in der von Jaun und Straumann propagierten Reduktion der Ursachen des Landesstreiks auf eine kulturhistorisch verbrämte Ereignisgeschichte methodische Unzulänglichkeiten, eine mangelhafte empirische Basis, Faktenfehler und eine höchst selektive Rezeption des Forschungsstandes nachgewiesen. Zudem wurde moniert, dass die beiden gegen eine mechanistische These polemisieren, die gar kein ernstzunehmendes Werk über den Landesstreik vertritt. Auch widersprechen sie sich selber. So ist, obwohl das im jüngsten Artikel nun bestritten wird, in der Publikation von 2016 von einer «merkliche[n] Verbesserung der Lebenshaltung» in der zweiten Hälfte 1918 die Rede, während Straumann fast gleichzeitig in der Enzyklopädie *1914–1918 online* von einer traumatisierenden Wirkung der Versorgungskrise schrieb und die Konflikte bei Kriegsende darauf zurückführte. Das Schattenboxen um die von der Fachwelt grossmehrheitlich abgelehnten Thesen von Jaun und Straumann soll hier aber nicht in eine neue Runde gehen. Vielmehr möchte ich Themen und Ergebnisse der jüngsten Landesstreikforschung resümieren und hinsichtlich zukünftiger Forschungsperspektiven abklopfen.

Verbreiterung des Themenspektrums

Nach den ersten wissenschaftlichen Darstellungen der 1950er und 1960er Jahre von Gautschi und anderen, die eine multikausale Sichtweise auf den Landesstreik etablierten, und sie bestätigenden Regio-



Bild: Staatsarchiv Basel-Stadt, AL 45, 3-76-1

Proteste gegen Teuerung und Lebensmittelknappheit brachten viele Menschen auf die Strasse:
Von der SP organisierte Demonstration auf dem Basler Marktplatz am 30. August 1917.

nalstudien ab den 1970er Jahren wurde die Thematik von der Forschung eher stiefmütterlich behandelt. Immerhin erschienen Untersuchungen zum Ordnungsdienst sowie biografische Werke über Protagonisten wie Robert Grimm, Ulrich Wille und Emil Sonderegger. Im letzten Jahrzehnt haben nun zahlreiche Publikationen das Wissen über die Kontexte des Landesstreiks vermehrt und es thematisch enorm verbreitert. Der frühere Fokus auf Arbeiterbewegung, Behörden und Armee wurde ergänzt durch Beiträge zu Arbeitgebern, Bauern, Angestellten und ihren Organisationen, Frauenvereinigungen sowie Geschlechterrollen.

Versorgungskrise und Protestwelle

Untersuchungen zur mittelfristigen Vorgeschichte des Landesstreiks haben das Bild der Versorgungskrise (die ihren Tiefpunkt im Spätsommer 1918 erreichte, aber bis über das Kriegsende hinaus anhielt) detailliert und es regional und schichtspezifisch differenziert. Es ging dabei nicht nur um die Lebensmittelversorgung, sondern auch um Energieknappheit, Wohnungsnot und Kleidermangel. Zu den kriegsbedingten Reallohnverlusten von im Schnitt rund 25 Prozent, die erst 1919/20 ausgeglichen wurden, kamen bei den Familien der Wehrmänner noch die Erwerbsausfälle infolge Aktivdienstes. Die Versorgungskrise verlief regional unterschiedlich: In Luzern beispielsweise wurden die Lebensmittelrationen zwischen Juli und November 1918 nochmals massiv gekürzt, in Zürich die Milchabgaben im November 1918 zeitweise halbiert. Maria Meiers Dissertation zur Versorgungslage in Basel als detaillierteste Studie zur Thematik zeigt, dass auch dort die Ernährungskrise in der zweiten Jahreshälfte 1918 keineswegs überwunden war, sondern sich die Schere zwischen Arbeiterschaft und Mittelschichten wieder öffnete. In anderen Regionen, etwa in Zug, entspannte sich dagegen die Situation – und wurde der Landesstreik kaum befolgt.

Die Vielfalt der dadurch hervorgerufenen Protestwelle ist nun genauer bekannt. Von 1917 bis 1920 erreichte die Streiktätigkeit mit 830 Arbeitskämpfen ein Rekordniveau, wie es sonst nur von 1905 bis 1907 registriert wurde. Während es in der Vorkriegsstreikwelle in einer Zeit raschen Wirtschaftswachstums darum gegangen war, ein Stück am grösser werdenden Kuchen zu erkämpfen, waren die Hauptforderungen ab 1917 der Ausgleich der aufgelaufenen Teuerung, der auch in den Landesstreikforderungen prominente Achtstundentag und der Abschluss von Tarifverträgen. Auch der Zürcher Bankangestelltenstreik Ende September 1918, dessen Stilisierung seitens der Arbeitgeber zu einer revolutionären «Generalprobe» bürgerliche Revolutionsängste befeuerte, drehte sich neben der Anerkennung des Bankpersonalverbandes um den Teuerungsausgleich. Zudem nahmen die

Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung massiv zu: 1918 wurden fünfmal so viele gezählt wie 1913. Die Zahl der 1917 bis 1919 daran Beteiligten bewegte sich mit jährlich 200 000 bis 450 000 Personen in der Grössenordnung der Landesstreikteilnehmer. Auch gab es in jenen Jahren mehrere Generalstreiks: Am 30. August 1917 fanden in den grösseren Städten halbtägige Teuerungsdemonstrationen während der Arbeitszeit mit rund 60 000 Beteiligten statt. 1918 gab es zur selben Problematik Generalstreiks in Lugano und Zürich, 1919 in Genf, Bern sowie Anfang August in Basel und Zürich, als für einen Moment die Möglichkeit eines zweiten Landesstreiks im Raum stand. Die Protestwelle umfasste zudem Marktunruhen, Antiteuerungsdemonstrationen und weitere Protestformen.

Revolutionsängste und ihre Folgen

Zur allgemeinen Krisenwahrnehmung trug noch die spanische Grippe bei, die im Sommer 1918 einen ersten Höhepunkt erreichte. Dass sich all dies bis zum Einsetzen des Prozesses der Auflösung der Mittelmächte im Oktober kaum auf die schweizerischen Finanzmärkte niederschlug, ist kein Argument für eine Trivialisierung der Krise, sondern verweist auf die selektiven Wahrnehmungsmuster der Finanzmarktakteure. Verschiedene neuere Studien haben die Ängste in der Landesstreikzeit und ihre politische Bewirtschaftung unter die Lupe genommen. Dazu zählten xenophobe und antisemitische Reaktionen auf die Versorgungskrise, die internationalen Umbrüche 1917/18 und der Landesstreik.

Den Forschungen von Daniel Artho verdanken wir neue Erkenntnisse über die Propaganda des Exilrussen Serge Persky. Der Publizist aus dem Umfeld des französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau veröffentlichte im Herbst 1918 gefälschte Dokumente über einen angeblichen anarchistisch-bolschewistischen Terrorplan mit weltweiten Bombenanschlägen, unter anderem gegen das Bundeshaus. Am Vortag des Landesstreiks befasste sich auch der Bundesrat damit. Kurz nach dem Landesstreikprozess publizierte Persky angebliche sowjetische Instruktionen vom Oktober 1918 für einen Umsturz in der Schweiz und die Errichtung einer bolschewistischen Diktatur. Die Bundesanwaltschaft meinte, es handle sich mit grösster Wahrscheinlichkeit um eine Fälschung, der Text wurde aber dennoch jahrzehntelang geschichtspolitisch verwendet. Wie Artho nun gezeigt hat, publizierte Persky in mehreren Ländern über 170 Propagandaartikel mit Fake-News und arbeitete mit dem französischen Nachrichtendienst zusammen.

Ein weiterer Forschungsschwerpunkt sind die Folgen des Landesstreiks. Wie bei den Ursachen hat man sich hier vor monokausalen Argumentationen zu hüten. Verschiedene Studien haben sich mit der «1918er Rechten» auseinandergesetzt, besonders den Bürgerwehren, die ab November 1918 wie Pilze aus dem Boden schossen. In der Folge

hatten diese vom Bund bewaffneten, aber hauptsächlich von Grossunternehmen finanzierten Truppen eine staatspolitisch problematische Zwitterposition zwischen Hilfspolizei und ideologischem Paramilitär. Auch die in landwirtschaftlichen Funktionärseliten 1918/19 ventilierten Nahrungsmittelblockaden gegen Städte mit Generalstreiks gehören in diesen Zusammenhang.

Dem Landesstreik folgte aber auch eine Phase parteiübergreifender Reformbemühungen. Neben der Einführung der 48-Stunden-Woche und der nach jahrelangen Verzögerungen nun in rasantem Tempo im Juni 1919 vorgelegten bundesrätlichen Botschaft für die Einführung einer AHV standen unzählige sozialpolitische Vorstösse in Bund und Kantonen sowie Diskussionen über «wirtschaftsdemokratische» Instrumente. Vieles davon versandete, als in den frühen 1920er Jahren die Revolutionsfurcht abnahm. Bezeichnenderweise kam dann 1944 das bundesrätliche Versprechen, die AHV nun zügig zu realisieren, zu einem Zeitpunkt, als aufgrund massiver Reallohnverluste viele ein neues «1918» befürchteten.

Der Landesstreik und das globale Kriegsende

Schliesslich sieht die jüngste Forschung den Landesstreik stärker im internationalen Zusammenhang. Dabei geht es nicht um das Aufwärmen alter Verschwörungstheorien über eine angebliche Steuerung aus Russland. Tatsächlich hat Peter Collmer gezeigt, dass sich auch in russischen Archiven keine Belege für eine organisatorische Zusammenarbeit zwischen dem Oltener Aktionskomitee und der am 12. November 1918 ausgewiesenen Sowjetmission finden. Hingegen haben verschiedene Studien die umfangreichen propagandistischen, diplomatischen, kriegswirtschaftlichen und geheimdienstlichen Aktivitäten der Kriegführenden in der Schweiz herausgearbeitet, zu denen auch das Anlegen von Waffenlagern seitens des deutschen Konsulats Zürich gehörte, deren Entdeckung 1918 die Revolutionsängste befeuerte. Jakob Tanner hat jüngst die These formuliert, die Frage nach dem Standort der Friedenskonferenz, ob in der Schweiz oder in Frankreich, habe eine wesentliche Rolle für das enorme Militäraufgebot bei Kriegsende wie auch die massive Übertreibung angeblicher Revolutionsgefahr in der Schweiz seitens der französischen Diplomatie gespielt. Inwiefern Perskys Propaganda auch in diesem Kontext zu sehen ist, müssen weitere Forschungen klären.

Auch die Wahrnehmung der Umbrüche in den Nachbarstaaten sowie die transnationalen Verflechtungen der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen, Behörden und paramilitärischen Verbände wurden diskutiert, aber noch nicht erschöpfend erforscht. Zwei Studien haben zudem auf starke Parallelen punkto Protesten, Revolutionsangst und Antisozialismus in der Schweiz, den USA und den Niederlanden hin-

gewiesen. All dies akzentuiert den Landesstreik als moderaten Ausläufer dessen, was Jörn Leonhard als *Global Revolution of Rising Expectations* bezeichnet hat, einer weltweiten Erwartung, dass es keine simple Rückkehr zu den Zuständen vor 1914 gebe.

Aufgaben der zukünftigen Forschung

Für die Zukunft stehen mehrere Aufgaben an: Die Regionalstudien sollten zu einer eigentlichen Mikrogeschichte der Landesstreikzeit vertieft werden. Regionalspezifische Faktoren für die Streikbeteiligung, zu denen auch regionale Ausprägungen der Versorgungskrise gehören, sollten komparativ ins Blickfeld genommen werden, ebenso räumliche und symbolische Aspekte der Protestformen und von Gewalteskalationen, die 1917 bis 1919 insgesamt 18 Tote forderten. Sogar zu den bekanntesten Gewaltopfern, den Toten von Grenchen, gibt es offene Fragen: Jüngst hat ein Rechtsmediziner anhand der Untersuchungsakten die These in den Raum gestellt, eines der Opfer sei nicht durch eine Karabinerkugel getötet worden, sondern aus nächster Nähe durch Pistolenschüsse – möglicherweise des kommandierenden Majors. Die verstreuten Kenntnisse über Gerüchte, Telefonabhörungen und Ähnliches müssten zu einer Analyse der Kommunikationsprozesse systematisiert werden. Zudem sollte das helvetische Geschehen stärker zur internationalen Lage in Bezug gesetzt werden, um durch Analyse transnationaler Wahrnehmungen und Vernetzungen den Anschluss an das Forschungsfeld des «globalen» Kriegsendes zu finden. Dann könnte aus den zahlreichen Einzelstudien eine neue Synthese entstehen, die sich neben den weitgehend geklärten Fragen nach Ursachen und Folgen um die analytischen Achsen «Stabilität und Dynamik» sowie «Inklusion und Exklusion» gruppieren sollte. |G|

Christian Koller, Jahrgang 1971, ist Direktor des Schweizerischen Sozialarchivs und Titularprofessor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich.